

An die örtlichen Medien

Fraktionsbüro **Die Linke**
Grünwalder Straße 63
42657 Solingen
0212 12 85 30 33

ratsfraktion@dielinke-solingen.de
www.dielinke-solingen.de

Solingen, den

Pressemitteilung

Servicegesellschaft soll aufgelöst werden: Beschäftigte und ver.di erkämpfen, was die Politik nicht beschließen wollte

Die Linke Fraktion Solingen gratuliert den Beschäftigten der Servicegesellschaft, der Tarifkommission und ver.di zu diesem Verhandlungserfolg. Nach dem Verhandlungsergebnis soll die Servicegesellschaft zum 1. Oktober 2026 aufgelöst werden. Die Beschäftigten sollen in das Klinikum zurückgeführt werden und künftig soll grundsätzlich der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gelten. Zudem sollen betriebsbedingte Kündigungen sowie die Gründung einer neuen Tochtergesellschaft oder eine Privatisierung für mindestens zehn Jahre ausgeschlossen sein.

Diese Einigung ist ein großer Erfolg der Beschäftigten und gibt unserer langjährigen Kritik an der Servicegesellschaft recht. Zugleich zeigt sie, dass unsere entschlossene und solidarische Unterstützung der Mitarbeitenden, in den Gremien und auf der Straße, politische Wirkung entfaltet hat.

„Die Beschäftigten und ver.di haben erreicht, was CDU, SPD, Grüne und die übrigen Ratsfraktionen in der letzten Ratssitzung nicht einmal diskutieren wollten. Mit dem nun erzielten Verhandlungsergebnis steht die Servicegesellschaft erstmals vor ihrer Auflösung. Damit bestätigt sich unsere Kritik an diesem Modell in vollem Umfang: Das Modell war sozial ungerecht, tarifpolitisch falsch und hatte keine Zukunft. Vor allem aber zeigt diese Einigung, dass Arbeitskampf sich lohnt. Nichts davon wurde freiwillig gewährt. Die Kolleg:innen haben sich organisiert, haben gemeinsam Druck aufgebaut und haben sich nicht mit dem Argument abspeisen lassen, dass angeblich kein anderes Modell möglich sei. Ohne ihren Mut, ihre Ausdauer und die konsequente Unterstützung von ver.di würde die Servicegesellschaft heute nicht vor dem Aus stehen. Ich durfte viele der Kolleg:innen bei Demonstrationen und Gesprächen in den vergangenen Monaten persönlich begleiten. Zu sehen, mit welcher Entschlossenheit und welchem Zusammenhalt sie für ihre Rechte eingestanden sind, hat mich tief beeindruckt. Deshalb bin ich heute nicht nur als Fraktionsvorsitzender, sondern auch ganz persönlich unfassbar stolz auf das, was sie gemeinsam erreicht haben. Dieser Erfolg ist deshalb weit mehr als eine tarifpolitische Verbesserung. Er ist der Beweis dafür, dass Beschäftigte etwas verändern können, wenn sie gemeinsam für ihre Interessen eintreten. Darauf können die Kolleg:innen stolz sein - wir sind es auch. Ihr Erfolg ist ein Erfolg der Solidarität über

Abteilungen, Berufsgruppen und Tarifgrenzen hinweg.“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Lukas Bock.

Gleichzeitig zeigt die Einigung auch, dass diejenigen falsch lagen, die die Servicegesellschaft über Jahre als alternativlos dargestellt haben. Was gestern noch als wirtschaftliche Notwendigkeit verkauft wurde, wird heute beendet. Besonders bemerkenswert ist aber der Zeitpunkt dieser Einigung. Erst in der letzten Ratssitzung vor wenigen Wochen hatte Die Linke Fraktion Solingen einen Antrag zur Abschaffung der Servicegesellschaft und zur Herstellung tariflicher Gleichbehandlung in den Rat eingebracht. Statt sich inhaltlich mit den Forderungen auseinanderzusetzen, wurde der Antrag auf Initiative der CDU mit Zustimmung aller übrigen Fraktionen in die Ausschüsse verwiesen.

Heute zeigt sich: Die zentrale Forderung unseres Antrags findet sich nun im Verhandlungsergebnis zwischen ver.di und dem Klinikum wieder.

„Wer unseren Antrag vertagt hat, muss sich heute die Frage gefallen lassen, warum er nicht von Anfang an auf der richtigen Seite stand. Während im Rat verschoben und getröstet wurde, haben die Beschäftigten für ihre Rechte gekämpft und gewonnen“, so Anastasija Ebbinghaus, Ratsmitglied die Linke Fraktion Solingen.

Die Einigung markiert einen wichtigen Bruch mit einer Politik der Ausgliederung, die über Jahre damit begründet wurde, Kosten senken zu müssen. Tatsächlich wurden die Einsparungen vor allem über niedrigere Löhne und schlechtere Bedingungen für diejenigen erzielt, die in Reinigung, Logistik, Versorgung, Technik und anderen unverzichtbaren Bereichen den Krankenhausbetrieb täglich aufrechterhalten.

„Es ist eine politische Bankrotterklärung, wenn ein kommunales Krankenhaus angeblich nur dadurch wirtschaftlich betrieben werden kann, dass man bei den am schlechtesten bezahlten Beschäftigten spart. Die Geschichte der Servicegesellschaft zeigt, wohin die Logik von Ausgliederungen und Tochtergesellschaften führt: Tarifverträge werden umgangen, Belegschaften gespalten und öffentliche Einrichtungen nach den Maßstäben von Kostenrechnung statt sozialer Verantwortung organisiert.“, so Bock. „Die Rückführung der Servicegesellschaft ist nicht nur ein Erfolg für die Beschäftigten des Klinikums. Sie ist ein Signal gegen die Privatisierungs- und Ausgliederungspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Wo Beschäftigte sich organisieren, wo Gewerkschaften kämpfen und wo politischer Druck entsteht, können solche Fehlentwicklungen zurückgedrängt werden.“

Für Die Linke endet der Kampf mit dieser Einigung nicht. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass in allen städtischen Unternehmen gleiche Arbeit gleich bezahlt wird und öffentliche Daseinsvorsorge nicht nach den Regeln von Privatisierung, Ausgliederung und Lohndumping organisiert wird. Denn dieser Konflikt hat gezeigt: Wo Beschäftigte sich organisieren, wo Gewerkschaften kämpfen und wo politischer Druck entsteht, können selbst scheinbar unumstößliche Entscheidungen zurückgedrängt werden. Gute Gesundheitsversorgung braucht gute Arbeitsbedingungen. Und gute Arbeit verdient gleichen Lohn.

Ein Haus. Ein Tarifvertrag.